

Gegenstand: Erstellung eines Schulentwicklungsplans; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 25.04.2008
Vorlage: 0509/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Es erfolgt die Begründung des Antrags durch Herrn Dr. Jung. Vor einem Jahr hatte der Antrag der CDU zur Erweiterung des Doppelgymnasiums zu Diskussionen geführt. Jetzt liegt der Gesetzentwurf des Landes zum neuen Schulgesetz auf dem Tisch, der eine Überleitung von Hauptschule und Realschule in die Realschule plus vorsieht.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass der Schulentwicklungsplan bis zum nächsten Jahr vorliegen kann, so dass Speyer bei Vorliegen des Schulgesetzes seine Anforderungen in Mainz stellen kann. Aus der Burgfeldschule und der Siedlungsschule HS sollten Realschulen plus werden; damit sind dann wohl auch die Irritationen über die Burgfeldschule beseitigt.

Das Kolbschulzentrum soll als Integrierte Gesamtschule bis zum Abitur führen.

Für die Berufsbildenden Schulen sieht die CDU einen Ausbau zu einem Wirtschaftsgymnasium vor, um auch hier die bestehenden Gymnasien zu entlasten. Eine Unterstützung des Schulträgerausschusses liegt dazu bereits vor.

In Speyer gibt es derzeit 5 Gymnasien mit je 8,5 Jahren Schulzeit. Deshalb unterstützt die CDU, dass eines der Gymnasien zu einem G8-Gymnasium werden soll. Sollte das Doppelgymnasium in diesem Zusammenhang trotzdem einen erweiterten Platzbedarf haben, wird man über die Unterbringung nochmals sprechen müssen.

Herr Batzer stellt fest, dass der Schulentwicklungsplan gesetzliche Pflicht ist. Da liegt schon der Gedanke eines Schaufensterantrages etwas nahe. Das wird auch dadurch deutlich, dass bereits morgen der Schulträgerausschuss dazu über die Auftragsvergabe entscheiden soll.

Einziges Problem der Grünen mit dem Antrag der CDU ist der Punkt 3. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht sich, dass Eltern und Betroffene in die Diskussion eingebunden werden. Deshalb beantragt die Fraktion, dass nach der Sommerpause intensive Gespräche mit den Beteiligten geführt werden. Außerdem muss der Schulträger prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Ganztagschule vorliegen.

Die SPD-Fraktion begrüßt durch Herrn Dr. Winterle den Antrag der CDU sehr. Beim runden Tisch war die CDU noch anderer Meinung. Der Antrag beinhaltet eine ganze Reihe von Punkten, die von der SPD mitentwickelt wurden. Er bedauert, dass mit dem Umland-Kreis keine Vereinbarung über ein weiteres, gemeinsames Gymnasium erzielt werden kann. Er unterstützt aber auch die Forderung der Grünen nach einer Beteiligung aller Betroffenen.

Herr C. Ableiter unterstützt für die BGS-Fraktion den gemeinsamen Willen zum Schulentwicklungsplan. Er begrüßt ausdrücklich, dass die CDU den Plan hat fallen lassen, die Hauptschule für Speyer-West zu zerschlagen und zur Außenstelle des übergroßen Doppelgymnasiums zu machen. Das passt auch nicht zum Projekt Soziale Stadt Speyer-West. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, jeweils mindestens eine der neuen Schulen als Ganztagschule anzubieten. Wenn die Presse darüber berichtet, dass die SWS 1 Mio. € Gewinn ausschütten können, dann sollten davon vom Schulträger 5-6 Schulsozialarbeiter zusätzlich finanziert werden.

Frau Ritthaler unterstreicht für die SWG-Fraktion, dass der Hauptausschuss die finanziellen Mittel für die Erstellung des Schulentwicklungsplanes durch ein Fachbüro freigegeben hat. Sie schließt sich den Anträgen zwar inhaltlich voll an, lehnt aber eine Vorwegnahme der Ergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt ab und fordert eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Schulträgersausschuss und dem beauftragten Institut.

Herr Rieser betrachtet den Antrag als Grundsatzbeschluss und Vorgabe für Eckpunkte. Wenn sich nach den Feststellungen des Instituts neue Informationen ergeben, kann und muss über die einzelnen Eckpunkte nochmals entschieden werden.

Dies wird von Herrn Dr. Jung nachdrücklich bestätigt. Er stellt außerdem nochmals klar, dass der damalige Antrag der CDU nicht auf die Zerschlagung der Burgfeldschule gerichtet war.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion wird mit der Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig angenommen.

Gegenstand: Einrichtung eines Jugendstadtrates; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.05.2008
Vorlage: 0514/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wintterle erläutert in der mündlichen Begründung, dass die SPD die Einrichtung eines Jugendparlamentes als niederschwelliges Demokratieinstrumentarium für wichtig hält. Ein solches Gremium soll jedoch nicht von oben oktroyiert, sondern in Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. In Abänderung des ursprünglichen Textes schlägt er vor, dass bis zum Ende der Sommerpause ein Konzept der Stadtverwaltung vorliegen soll.

Für Herrn Wagner erweckt der Antrag den Eindruck, als ob sich in Speyer junge Menschen nicht in den Willensbildungsprozess einbringen könnten. Er erinnert an das Projekt "Klappe auf", das bei allen Spielplätzen intensiv in die Entscheidungen eingebunden ist, und auf Einrichtungen wie den Stadtjugendring und den Ring politischer Jugend. Natürlich müssen Jugendliche nach ihrer Meinung gefragt werden.

Die SPD-Fraktion spricht von Schritten, die die Verwaltung machen soll - er fragt, welche Schritte das denn sein sollen. Die CDU steht dem Anliegen grundsätzlich offen gegenüber, wünscht sich aber eine Verweisung in den Jugendhilfeausschuss zu weiterer Behandlung.

Frau Pitsch erklärt, dass die von der CDU aufgezählten Aktionen zwar punktuell erfolgreiche Maßnahmen sind, aber keine Kontinuität haben. Jugendliche müssen nicht nach ihrer Meinung gefragt, sondern ernst genommen werden. Es muss ihnen Verantwortung übertragen werden. Dies betrachtet sie auch als Maßnahme gegen Politikverdrossenheit in der Jugend.

Herr Dr. Wintterle stimmt einer Verweisung in den Jugendhilfeausschuss zu.

Die SWG-Fraktion sieht durch Herrn Preuß die Notwendigkeit, dass ein solches Jugendparlament nicht nur über die Parteien organisiert wird, sondern für alle offen sein muss. Der Verweisung wird zugestimmt.

Die BGS-Fraktion ist laut Herrn C. Ableiter grundsätzlich für jede Art von Basisdemokratie, hält aber nichts von einer Verweisung in den Jugendhilfeausschuss. Der Antrag sollte so beschlossen werden, wie er heute vorliegt. Die Verwaltung soll über Erfahrungen aus anderen Städten berichten und dies dem Rat zur Entscheidung vorlegen. Jugendliche sollten in eine aktive politische Arbeit eingebunden werden, aber nicht in organisatorische Fragen.

Herr Rieser stellt fest: wer in der Jugendarbeit aktiv ist, weiß, dass die Jugendlichen in Speyer sehr gut in Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Den Antrag so zu beschließen wie er vorliegt, hieße der Jugendarbeit eine Struktur überzustülpen. Vielleicht stellen die Jugendlichen ja fest, dass ein solches Instrument gar nicht gebraucht wird. Deshalb sollte der Antrag unbedingt vorher im Jugendhilfeausschuss mit den Jugendvertretern beraten werden.
Dies wird auch von Herr Dr. Jung nachdrücklich unterstützt.

Herr Dr. Jakumeit fordert eine lebendige Jugendpolitikarbeit. Aus der eigenen Erfahrung weiß er, dass Jugendliche durch die Instrumentalisierung in den Gremien sehr schnell frustriert sind. Deshalb warnt er vor einem vorgegebenen Raster der Verwaltung und des Rates.

Herr Dr. Wintterle stellt große Übereinstimmung fest und fordert: Lassen Sie uns den Antrag auf den Weg bringen.

Herr Bürgermeister Brohm bittet um zeitlichen Aufschub, da die Jugendförderung in den anstehenden Sommerferien sehr in Aktionen eingebunden ist. Er schlägt eine Beratung nach der Sommerpause am 3. September im Jugendhilfeausschuss vor.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion einstimmig in den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung.

**Gegenstand: Kommunal- und Verwaltungsreform; Antrag der SWG-
Stadtratsfraktion vom 13.05.2008
Vorlage: 0520/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Preuß führt in der Antragsbegründung aus, dass zur Zeit in der Entwicklung der Kommunal- und Verwaltungsreform noch die freiwillige Phase läuft. Dies sollte nach Ansicht der SWG-Fraktion für Speyer der Anlass sein, mit den Umlandgemeinden tätig zu werden, um Synergien auszuloten. Er sieht dies als Auftrag des Rates an den OB, solche Gespräche zu führen.

Die CDU unterstützt durch Herrn Dr. Jung das Begehren, intensive Gespräche mit den Nachbarn zu führen. Dies ist nach seiner Ansicht aber zunächst der Rhein-Pfalz-Kreis; die Umlandgemeinden sind Teil dieses Kreises. Es bestehen bereits in einigen Bereichen Kooperationen (Jugendhilfe, Abwasserbehandlung), die sicher noch erweitert werden könnten (z.B. Feuerwehr, Ver-/Entsorgung).

Frau Pitsch stellt fest, der Antrag würde sich fast so lesen, als ob die SWG eine Einkreisung von Speyer unterstützen würde.

Herr Dr. Winterle erklärt: Speyer muss kreisfrei bleiben und bleibt's auch!

Herr C. Ableiter begrüßt für die BGS-Fraktion den Antrag der SWG, weil in den Nachbargemeinden sehr gut wirtschaftlich gearbeitet werde. Und wenn in einer Zusammenarbeit Einsparungen erzielt werden können, dann sollte das genutzt werden. Nach allgemeiner Erkenntnis sind die kleineren Städte einfach unterfinanziert. In Dudenhofen z.B. gebe es ein Bürgerbüro, während die 10.000 Einwohner von Speyer-Nord etliche Kilometer nach Speyer-Süd fahren müssen, nur weil die Verwaltung nicht in der Lage ist, von den dort 9 Beschäftigten in der Industriestraße 3 für den Stadtteil Nord abzustellen.

Der Vorsitzende erklärt, er führe natürlich Gespräche mit den Nachbargemeinden und zählt eine ganze Reihe von Aktivitäten mit Römerberg, Dudenhofen und Waldsee auf. Die Verbands-Gemeindeverwaltungen haben relativ wenig Entscheidungsbefugnisse. Die Zusammenarbeit Rhein-Pfalz-Kreis gestaltet sich nicht immer einfach. Er verweist auf die aktuellen Erfahrungen beim Thema Gymnasium-Bau oder Sparkassen-Fusion. Diese bilateralen Gespräche mit Kreis und Gemeinden werden selbstverständlich weitergeführt.

Dem stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Fußgängersicherheit in der Hafensstraße; Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 13.05.2008
Vorlage: 0521/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Preuß begründet den Antrag der SWG-Fraktion nochmals mündlich und weist auf das hohe Verkehrsaufkommen in diesem Bereich hin. Nach Rücksprache mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt erweitert er den Antrag dahingehend, dass die Überquerungsmöglichkeiten zudem behindertengerecht gestaltet werden sollten.

Herr Dr. Wintterle wirft die Frage auf, ob die Verwaltung nicht schon von sich aus festgestellt hat, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Der Vorsitzende erläutert, dass durch die Verwaltung bereits durch die Beauftragung eines Verkehrsgutachtens auf die offensichtliche Problematik reagiert hat. Ausfluss darauf ist z.B. die Ampelanlage Schillerweg/Klipfelsau sowie der Kreisel an der Einmündung Aue-/Franz-Kirrmeier-Straße/K 2, dessen Bau in Kürze ansteht. Der projektierte Kreisel am Erlus-Gelände wird zurückgestellt, bis Klarheit über die weitere Nutzung des Ziegelwerkes besteht. Er schlägt vor, über das Verkehrsgutachten und die damit verbundenen Planungen für Querungshilfen im nächsten Bau- und Planungsausschuss zu berichten.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der SWG-Fraktion einstimmig in den Bau- und Planungsausschuss zur weiteren Berichterstattung.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

**Gegenstand: Umwandlung der Hauptschule Burgfeldschule in eine Realschule plus;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2008
Vorlage: 0533/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Tagesordnungspunkt wurde inhaltlich bereits mit TOP 1 abgehandelt.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Umwandlung des Kolbschulzentrums in eine Integrierte
Gesamtschule (IGS);
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2008
Vorlage: 0534/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Tagesordnungspunkt wurde inhaltlich bereits mit TOP 1 abgehandelt.

**Gegenstand: Erhöhung der Stundenanzahl der Sozialarbeiter/innen an der Kolbhauptschule und der Burgfeldhauptschule, Anstellung eines/einer Schulsozialarbeiters/in an der Kolbrealschule; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2008
Vorlage: 0535/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wintterle begründet den Antrag nochmals mündlich.

Herr Batzer stellt klar, der Antrag zielt also auf die Erhöhung von 22 auf 28 Stunden an den Schulen, die bereits Schulsozialarbeit haben. Bezogen auf das zu erwartende Kostenargument ist er der Auffassung, dass das, was Schulsozialarbeit leistet, in Geld nicht ausgedrückt werden kann.

Herr Wagner bezieht sich auf den Antragsteil des SPD-Schreibens und fragt, warum die Siedlungsschule in dem Antrag nicht benannt ist. Die CDU-Fraktion unterstützt auch dort eine Erhöhung der Stunden. Die Zustimmung steht allerdings unter dem Vorbehalt einer angemessenen Beteiligung des Landes.

Herr Dr. Wintterle erklärt hierzu, die SPD werde zukünftig taktisch immer etwas weniger fordern als gewollt, wenn die CDU dann noch einen draufsetzt. Allerdings sollte nach Auffassung der SPD die Stadt die Stundenerhöhung auch ohne einen Finanzierungsvorbehalt durch das Land durchführen.

Nach Auffassung des Vorsitzenden muss Geschäftsgrundlage zunächst sein, dass eine Mitfinanzierung durch das Land eingefordert wird, da es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Herr Dr. Wintterle stimmt dem zu. Sollte das Land jedoch nicht mitziehen, soll der Antrag in der nächsten Sitzung nochmals auf die Tagesordnung genommen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land eine angemessenen Kostenbeteiligung für die Erhöhung der Schulsozialarbeit an allen Schulen mit bereits vorhandenen Schulsozialarbeitern von 22 auf 28 Stunden zu beantragen.
2. Wird diese Kostenbeteiligung des Landes nicht gewährt, ist der Antrag erneut auf die Tagesordnung der auf die Entscheidung folgenden Stadtratssitzung zu setzen.

**Gegenstand: Fortschreibung des Armutsberichtes für die Stadt Speyer;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 20.05.2008
Vorlage: 0539/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Bürgermeister Brohm beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Fortschreibung des Armutsberichtes

Die Stadt Speyer hat zu den Themenbereichen Armut und soziale Problemlagen im Jahr 2000 einen Bericht vorgelegt.
Die Fortschreibung ist für das Jahr 2010 geplant.

Zu 2.

Wie viele Personen erhalten gegenwärtig Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch XII?

Zum Stichtag 31.12.2007 haben 27 Bedarfsgemeinschaften Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

Der Aufwand betrug im Jahr 2007 163.713,- €

Zu 3.

Wie viele Personen erhalten eine Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II?

Im Jahr 2007 haben pro Monat im Jahresdurchschnitt 1.925 Bedarfsgemeinschaften Grundsicherung erhalten.

Zu 1.925 Bedarfsgemeinschaften gehören ca. 3.800 Personen,

davon erwerbsfähige waren ca. 2.675 Personen,

davon ca. 490 erwerbsfähige Personen unter 25 Jahren.

Die Zahl der jungen Menschen unter 15 Jahren betrug ca. 1.000.

Der Gesamtaufwand für die Kosten der Unterkunft und die einmaligen Beihilfen betrug im Jahr 2007 7.25 Mio. €

Zu 4.

Wie viele Personen erhalten Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung nach dem SGB XII?

Die Zahl der Anspruchsberechtigten betrug im Jahr 2007 453 Fälle

Der Aufwand betrug 2.275.397,- €

Zu 5.

Wie viele Haushalte erhalten Wohngeld?

Mietzuschuss

Im Jahr 2007 wurden 761 Anträge auf Mietzuschuss gestellt und 1052 Wohngeldbescheide zeitlich befristet erlassen.

Lastenzuschuss

Zahl der Anträge im Jahr 2007: 51

Zahl der Bewilligungsbescheide: 55

Der Gesamtaufwand betrug 460.997,- €

Zu 6.

In wie vielen Fällen werden Leistungen für Asylsuchende gewährt?

Fallzahl zum Stichtag 31.12.2007: 31
Der Aufwand betrug 145.684,- €

Zu 7.

Welchen Gesamtumfang haben diese Leistungen und in welcher Höhe werden diese der Stadt erstattet?

Leistung	Gesamtaufwand	Anteil der Stadt Speyer
Hilfe zum Lebensunterhalt	163.713,- €	136.713,- €
Grundsicherung nach SGB II	7.236.770,- €	4.161.550,- €
Grundsicherung nach SGB XII	2.275.397,- €	2.024.227,- €
Wohngeld	460.997,- €	-, -
Leistungen für Asylsuchende	145.684,- €	111.792,- €
Gesamtaufwand im Jahr 2007	10.282.561,- €	6.434.282,- €

Herr Dr. Jung bittet um schriftliche Zuleitung der Beantwortung an die Fraktionen und um Beratung in der Sitzung des nächsten Sozialausschusses.

Gegenstand: Synagogen-Neubau
Vorlage: 0564/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende trägt einen geschichtlichen Aufriss zur Entwicklung und Bedeutung der jüdischen Gemeinden in Mainz-Worms-Speyer (SCHUM-Städte) im Mittelalter vor. Der 10. Juni 2008 ist ein symbolträchtiger Tag für die Beratung einer neuen Synagoge in Speyer, da an ihm das jüdische Wochenfest beginnt, das an den Empfang der 10 Gebote und der Thora am Berg Sinai erinnert.

Frau Häußler führt aus, dass nach Einschätzung vieler Experten die mittelalterliche Synagoge in Speyer für gläubige Juden einen höheren Stellenwert hat als der Kaiserdom für die Christen. Anhaltend hohe Besucherzahlen des Historischen Judenhofs bekräftigen diese Bedeutung. Die CDU-Fraktion befürwortet den vorgeschlagenen Neubau einer Synagoge, auch wenn er an anderer Stelle erfolgt.

Frau Pitsch begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag, fragt aber nach, ob es sich nun um einen Neubau oder Umbau handelt. Der Vorsitzende stellt klar, dass eine Kombination aus Umbau der ehemaligen St. Guido-Kirche und einem Neubau geplant ist.

Die BGS-Fraktion tut sich laut Herrn Ableiter wegen der Kosten schwer mit dem Vorschlag, denn die Maßnahmen kommen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion zu Gute und nicht den ursprünglich in Speyer Geschädigten. Gleiches könnte man dann auch für die Angehörigen von Protestantischen Kirchen fordern, die aus Osteuropa einwandern.

Herr Rößsch erklärt, die Fraktion der Republikaner unterstützt den Bau einer Synagoge in Speyer aus historischer Verpflichtung. Allerdings sollte bei den Kosten eine Obergrenze gesetzt werden, damit nicht die Ausgaben explodieren wie bei anderen Baumaßnahmen, z.B. dem Archäologischen Schaufenster.

Die ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft unterstützt durch Herrn Rieser das Vorhaben. Die Lebensqualität einer Stadt zeigt sich auch in der Vielfalt der Religionen.

Herr Dr. Wintterle äußert für die SPD-Fraktion, er sei dankbar, dass sich das Land in diesem Umfang für die Synagogen engagiert. Dies ist auch ein persönlicher Verdienst von Kurt Beck.

Er freut sich darüber, dass jüdisches Leben in die Stadt zurückkehrt. Die Kosten wird die Stadt stemmen müssen, auch wenn sie die Mittel nicht hat. Er möchte dies nicht nur über Schulden finanziert wissen und appelliert deshalb an den OB zu prüfen, wo man eventuell noch Einsparungen dafür machen könnte. Er regt an, dass fraktionsübergreifend eine Spendenaktion zusammen mit der Presse auf den Weg gebracht wird, um dieses Vorhaben auf eine möglichst große bürgerschaftliche Basis zu stellen.

Herr Preuß freut sich auf die große Akzeptanz im Rat und erklärt ebenfalls Zustimmung seitens der SWG-Fraktion.

Herr Dr. Jakumeit möchte die Zustimmung nicht als monetäre Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts wissen, sondern als Zeichen des Respekts vor den Leistungen jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Speyer. Er freut sich auf die Rückkehr jüdischen Lebens in Speyer.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer begrüßt die Absicht der Jüdischen Kultusgemeinde Rheinpfalz, an der Stelle der ehem. St.-Guido-Stifts-Kirche auf dem Weidenberg einen Synagogen-Neubau zu errichten.

Hierzu beschließt der Rat einstimmig:

Auf der Grundlage eines mit der Jüdischen Kultusgemeinde Rheinpfalz noch abzuschließenden Städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB, der die Realisierung und Finanzierung des Synagogen-Neubauprojekts auf der Grundlage der Planung von Prof. Alfred Jacobi zum Gegenstand hat, ist die Stadt bereit, sich an den geschätzten Gesamtkosten von 2.500.000 € mit einem Anteil von 875.000 € (475.000 € in Form eines Zuschusses und 400.000 € durch das Zurverfügungstellen des Grundstücks der ehem. St.-Guido-Stifts-Kirche, das sich gegenwärtig noch im Eigentum der GEWO befindet und zuvor gegen das städtische Grundstück Pl.Nr. 3180/9 an der Paul-Egell-Straße mit ca. 2.500 qm wertgleich getauscht werden soll) zu beteiligen.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2008 mit den
Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und
der Waisenhausstiftung
Vorlage: 0518/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die 1. Nachtragshaushaltssatzungen mit den Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: "Soziale Stadt Speyer-West"; Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen mit Integriertem Entwicklungskonzept und Kosten- und Finanzierungsübersicht
Vorlage: 0502/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses und des Sozialausschusses einstimmig die endgültige Beschlussfassung des Integriertem Entwicklungskonzepts und der Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Projekt „Soziale Stadt Speyer-West“.

Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 037 G "Alte Rheinhäuser Weide, 5. Änderung"
(Verlängerung der Stockholmer Straße II)
hier: Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur Einleitung der
Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB sowie der
Behördenbeteiligung nach § 4 (1) BauGB
Vorlage: 0558/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der beiliegenden Vorplanung zur Trassenführung sowie dem angestrebten Ausbauquerschnitt wird zugestimmt.
2. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 037 G "Alte Rheinhäuser Weide, 5. Änderung" (Verlängerung der Stockholmer Straße II) ist einzuleiten. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend begrenzt. Der Bebauungsplan Nr. 37 G „Alte Rheinhäuser Weide, 5. Änderung“ soll den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 037 „Alte Rheinhäuser Weide, 1. Änderung“ in diesem Teilbereich ersetzen. Gleichzeitig wird dieser Teil der Trasse aus dem Bebauungsplan Nr. 37 F „Alte Rheinhäuser Weide, 4. Änderung“ (Verlängerung der Stockholmer Straße) herausgenommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten und auf dieser Grundlage die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Gegenstand: Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts Neustadt und des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz; Vorschlagsliste für die 2009 beginnende Amtsperiode
Vorlage: 0519/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, folgende Personen als Vorschlag der Stadt Speyer zu benennen:

1. Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Koblenz

1.1 Herr Bernd Kehl,
Betriebswirt, geb. am 12.02.1947 in Speyer,
wohnhaft Kettelerstraße 56 in 67346 Speyer
(Vorschlag der CDU – Fraktion)

2. Verwaltungsgericht Neustadt

2.1 Herr Edwin Franck,
Maschinenschlosser, geb. am 15.05.1935 in Speyer,
wohnhaft Daimlerstraße 16, 67346 Speyer,
in der laufenden Amtsperiode als ehrenamtlicher Richter gewählt
(Vorschlag der CDU – Stadtratsfraktion)

2.2 Herr Martin Flörchinger,
Personalratsvorsitzender, geb. am 22.11.1956 in Speyer,
wohnhaft Akazienweg 9, 67346 Speyer,
in der laufenden Amtsperiode als ehrenamtlicher Richter gewählt
(Vorschlag der SPD – Stadtratsfraktion)

2.3 Herr Axel Alvermann,
Goldschmied, geb. am 23.04.1966 in Neustadt/Wstr.,
wohnhaft Kapuzinergasse 28 in 67346 Speyer,
in der laufenden Amtsperiode als ehrenamtlicher Richter gewählt
(Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

2.4 Herr Harald Biskop,
Wirtschaftsingenieur, geb. am 07.01.1953 in Dresden,
wohnhaft Christian-Eberle-Straße 23 in 67346 Speyer
(Vorschlag der Ökologisch-Demokratischen Partei)

2.5 Herr Gerhard Schwind,
Prokurist, geb. am 15.07.1945 in Griesbach
wohnhaft Matthias-Grünwald-Straße 19 in 67346 Speyer
(Vorschlag der Verwaltung)

Gegenstand: Mitwirkung von Laien in der Strafrechtspflege
a) Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen
b) Aufstellung der Vorschlagslisten für die Schöffen für die
Geschäftsjahre 2009 - 2013
Vorlage: 0516/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

a) als Vertrauenspersonen für die Schöffenwahl werden folgende Personen benannt:

1. Frau Roswitha Pitsch, geb. Bundschuh, geb. am 30.09.1949 in Frankfurt, Lehrerin, wohnhaft Gießhübelstraße 5 in 67346 Speyer
2. Herr Frank Scheid, geb. am 01.03.1960 in Heidelberg, Beigeordneter, wohnhaft Remlingstraße 63 in 67346 Speyer
3. Frau Monika Kabs, geb. Spahn, geb. am 08.08.1957 in Calw, Lehrerin, wohnhaft Mittelkämmererstraße 14 in 67346 Speyer

b) Vorschlagsliste für die Schöffenwahl:

Herr Dr. Jung streicht für die CDU-Fraktion den Vorschlag Johannes Doerr.
Die BGS-Fraktion schlägt dafür Herrn Oliver Geis vor. Aus der CDU-Fraktion wird daraufhin Frau Helga Spitzer benannt. Da Frau Spitzer jedoch bereits auf der Liste geführt wird, schlägt der Vorsitzende vor, diese auf den bisherigen Listenplatz von Herrn Doerr zu setzen. Herr Geis nimmt dann den bisherigen Platz von Frau Spitzer ein.

Herr Batzer möchte wissen, ob geprüft wurde, dass die freien Bewerber nicht der rechten Szene zugehören. Laut Frau Dittus wurde eine Erklärung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abverlangt, allerdings sei es schwierig, eine Gesinnungsprüfung durchzuführen. Beim Amtsgericht liegen aber wohl entsprechende Informationen über Ausschlusskriterien vor.

Herr C. Ableiter erklärt, dass die BGS nicht im HA vertreten ist, in jedem Fall aber mindestens 8 Personen aus der Liste der freien Bewerber benennen könnte, die persönlich bekannt sind.

Nach Abschluss der Aussprache wird die vom Hauptausschuss empfohlene Liste mit der o.a. Änderung einstimmig angenommen.

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Stadtwerke Speyer GmbH - Verwendung des Jahresergebnisses 2007 der Stadtwerke Speyer GmbH
Vorlage: 0540/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Stadtwerke Speyer GmbH und der Verkehrsbetriebe Speyer GmbH.

Der Stadtrat schlägt der Gesellschafterversammlung einstimmig vor, den Jahresabschluss 2007 der Stadtwerke Speyer GmbH in der vorliegenden Fassung festzustellen.

	EURO
Die Bilanzsumme beträgt	65.334.193,57
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von	2.838.823,99

Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Stromversorgung	+ 1.738.557,20
Gasversorgung	+ 1.757.430,67
Wasserversorgung	+ 403.552,59
Fernwärmeversorgung	+ 180.397,48
Gewinn vor Ergebnis des Kombibades und Beteiligungen	+ 4.079.937,94
Verlust des Kombibades Bademaxx	- 1.203.830,94
Verlust der Verkehrsbetriebe GmbH	- 37.283,01
Jahresüberschuss	+ 2.838.823,99

Fortschreibung zum Bilanzgewinn:

Bilanzgewinn zum 31.12.2006	+ 2.674.638,47
Gewinnausschüttung aus dem Vorjahresgewinn	- 1.000.000,00
Vorabauschüttung aus dem Ergebnis 2007	- 1.000.000,00
Einstellung in die Gewinnrücklagen	- 2.674.638,47
Bilanzgewinn zum 31.12.2007	+ 1.838.823,99

2. Verwendung des Jahresergebnisses 2007 der Stadtwerke Speyer GmbH

Der Stadtrat schlägt der Gesellschafterversammlung einstimmig vor, den Bilanzgewinn 2007 in Höhe von

1.838.823,99 Euro

in die Gewinnrücklage des Unternehmens einzustellen. Ein Betrag in Höhe von 1.000.000,00 Euro wurde bereits im Wege der Vorabausschüttung im Dezember 2007 an den Gesellschafter abgeführt.

Die Verstärkung des Eigenkapitals ist vor allem zur Erhaltung der Ausstattung der Gesellschaft mit Eigenkapital und wegen der Unwägbarkeiten künftiger Ergebnisentwicklung vor dem Hintergrund des höheren ganzjährigen Verlustes des Sport-Kombi-Bades und der zu erwartenden Restriktionen der Anreizregulierung erforderlich.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Gemeinnützigen
Wohnungsbaugesellschaft Speyer GmbH (GEWO) und
Ergebnisverwendung
Vorlage: 0562/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Speyer beschließt einstimmig, der Gesellschafterversammlung vorzuschlagen, den Jahresabschluss 2007 der GEWO in der vorliegenden Fassung festzustellen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0563/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussempfehlung:

Der Paritätische Wohlfahrtsverband der Region Speyer hat mit Schreiben vom 20.05.2008 folgende Ausschussumbesetzung vorgeschlagen:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.)	weitere, stimmberechtigte Mitglieder: Wohlfahrtsverbände unverändert (Thomas Bubel)	neu: Stephan Brader Paulstraße 21 für: Gertrud Mühlberger-Sattel

Wegen personeller Veränderungen im Fachbereich 4 schlägt die Stadtverwaltung Speyer folgende, weitere Änderung im Jugendhilfeausschuss vor:

Jugendhilfeausschuss (12.)	Beratende Mitglieder: Stadtjugendpfleger(in) unverändert (Ingo Faus)	neu: Michael Varelmann Abt. Jugendförderung Fachbereich Jugend, Familie, Senioren und Soziales für: Andrea Hofmann
----------------------------	---	--

Aufgrund eines nach Unterlagenversand eingegangenen Schreibens des Stadelternausschusses schlägt die Stadtverwaltung Speyer zusätzlich folgende Änderung im Jugendhilfeausschuss vor:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.)	Beratende Mitglieder: Elternausschüsse der Kindertagesstätten neu: Eldert Janssen Siegbertstraße 5 67346 Speyer für: Melanie Haustein	unverändert (B. Brecht-Fahnenstich)

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0515/2008**

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses. Der Vorsitzende weist auf die zusätzlichen Spendenbeträge hin, die seit Versand der Sitzungsunterlagen eingegangen sind und die als Tischvorlage verteilt wurden.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

Gegenstand: Ermächtigung des Hauptausschusses während der Sommerpause

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Hauptausschuss einstimmig, wichtige Entscheidungen, die dem Rat vorbehalten sind, während der Sommerferien vom 23.06.2008 bis zum 01.08.2008 an Stelle des Rates zu treffen.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgern liegen nicht vor.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.06.2008



26. Sitzung des Stadtrates 10.06.2008 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!